



2023/XXXX(BUD)

27.6.2023

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das
Haushaltsjahr 2024
(2023/0264(BUD))

Verfasserin der Stellungnahme: Carina Ohlsson

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass die wachsende Instabilität und das Aufkommen beispielloser Herausforderungen im internationalen Umfeld den Handlungsbedarf für die Union erhöhen;
- B. in der Erwägung, dass die Union die Ukraine weiterhin unterstützen und auf andere dringende globale Erfordernisse, die sich ergeben, reagieren muss;
 1. begrüßt, dass die Kommission einen Haushaltsvorschlag vorgelegt hat, der der MFR-Obergrenze von 15,83 Mrd. EUR in Rubrik 6 entspricht, wodurch der massive Bedarf an Ausgaben für auswärtiges Handeln hervorgehoben wird; weist darauf hin, dass es die MFR-Obergrenze in Rubrik 6 von Anfang an angesichts der geopolitischen Erfordernisse als unzureichend angesehen hat;
 2. ist der festen Überzeugung, dass der MFR einer Überarbeitung bedarf, damit der Haushaltsplan der Union seinen Zweck erfüllt, sodass globale Herausforderungen bewältigt werden können; begrüßt daher den am 20. Juni 2023 vorgelegten Vorschlag der Kommission für eine Überarbeitung, ist jedoch der Ansicht, dass eine noch stärkere Aufstockung der Rubrik 6 erforderlich ist, um die verschiedenen Herausforderungen in der Nachbarschaft der EU und darüber hinaus zu bewältigen; fordert den Rat auf, sich vor Ende des Jahres auf eine Überarbeitung des MFR zu einigen, damit sie sich auf den Haushaltsplan 2024 auswirken kann; fordert die Kommission ferner auf, so bald wie möglich eine detaillierte Aufschlüsselung nach Haushaltslinien zur vorgeschlagenen Aufstockungen für 2024 um 2,331 Mrd. EUR (zu Preisen von 2018) vorzulegen, damit die Haushaltsbehörde die zusätzlichen Mittel in Rubrik 6 in vollem Umfang nutzen kann;
 3. stellt fest, dass der Großteil der Ausgaben für Maßnahmen im Außenbereich auf das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt) und das Instrument für Heranführungshilfe (IPA III) entfällt; fordert eine gezielte Aufstockung insbesondere für Krisenregionen, in denen der Bedarf am dringendsten ist;
 4. betrachtet die Integration der Staaten des westlichen Balkans weiterhin als geopolitische Priorität; begrüßt ferner die Beitrittsperspektive für die Ukraine und die Republik Moldau, besteht jedoch auf zusätzlichen Mitteln, um beide Länder auf ihrem Weg zum Beitritt zu unterstützen;
 5. vertritt die Auffassung, dass die Finanzierung von Projekten, die sich auf Frauen und Mädchen in Konfliktgebieten, darunter auch auf Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, Konfliktverhütung, Wiederaufbau und Stärkung der Selbstbestimmung Frauen, konzentrieren, unzureichend ist und in allen geografischen Regionen im Haushaltsplan aufgestockt werden sollte;

6. ist der Ansicht, dass die Unterstützung von Drittländern bei der Bekämpfung des Klimawandels dringend ausgeweitet werden muss;
7. ist der festen Überzeugung, dass die humanitäre Hilfe erheblich aufgestockt werden muss, damit die Union auf sich abzeichnende Krisen reagieren kann, und erhöht daher diese Haushaltlinie um 1 Mrd. EUR;